

mandatsmeldung.

NOVEMBER
2022

INHALTE

Links-gelbes "Bürgergeld" abgewendet
Michael Frieser, S. 1

Haushaltspolitik in rot-grün-gelb
Sebastian Brehm, S. 2

Schärfere Iran-Sanktionen!
Tobias Winkler, S. 2

Bayerns Politik zahlt sich aus
Karl Freller, S. 3

Straße der Kinderrechte in Nürnberg
Barbara Regitz, S. 3

Das Zukunftsmuseum in Nürnberg
Jochen Kohler, S. 4

Eckpunkte des bayer. Haushalts 2023
Hans Herold, S. 4

Gefahren durch Cannabis-Legalisierung
Petra Guttenberger, S. 5



LINKS-GELBES "BÜRGERGELD" ABGEWENDET

Liebe Mitglieder,
liebe Freunde,

die Ampel hat auf unseren Druck eingelenkt. Kein Bürgergeld sondern ein Hartz IV-Update. Das bewährte Prinzip von Fördern und Fordern wird nicht für eine steuerfinanzierte, bedingungslose Alimentation ohne Sanktionen aufgegeben. Das links-gelbe populistische Geschrei der Ampel hat nicht verfangen. Es ist nicht die Union, die die Gesellschaft spaltet. Wir waren mit unsere Kritik nicht allein: 80 Prozent der Bevölkerung kritisierten, dass es durch das sogenannte Bürgergeld zu wenig Anreize für Arbeitslose gebe, sich um eine neue Stelle zu bemühen. Warum sollten hart arbeitende Bürger Arbeitslose unterstützen, die 60.000 Euro auf dem Konto haben, ein halbes Jahr keinen Job annehmen und keinen Termin einhalten müssen. Unser Sozialstaat unterstützt zu Recht alle Menschen, die Unterstützung benötigen. Die Solidarität der Menschen kommt aber an ihre Grenzen, wenn bedingungslos Steuergelder verschenkt werden sollen.

Unser Verhandlungsergebnis im Detail: Die von der Ampel vorgesehene sechsmonatige Vertrauenszeit ohne jede Sanktion entfällt. Damit ist der ursprünglich beabsichtigte Einstieg in ein bedingungsloses Grundeinkommen vom Tisch. Mitwirkung bleibt von Beginn an zwingend. Wer sich verweigert oder Termine verstreichen lässt, muss umgehend mit finanziellen Einbußen rechnen: 10 Prozent im ersten Monat, 20 Prozent nach zwei und 30 Prozent nach drei Monaten. Damit wird die maximale mit Blick auf das Existenzminimum rechtlich zulässige Sanktionsmöglichkeit ausgeschöpft. Das Schonvermögen von 60.000 auf 40.000 Euro. Die Zeit, in der das Vermögen nicht angetastet wird und die Wohnverhältnisse nicht überprüft werden, wird auf Druck der Union von zwei Jahre auf 12 Monate halbiert.

Während sich die FDP endgültig von jedem Leistungsgedanken verabschiedet hat und die SPD den letzten Arbeiter vor den Kopf gestoßen hat, versteht sich die Union als Vertreter der fleißigen Mitte. Wir konnten alle systematischen Fehler der Hartz IV-Reform der Ampel beseitigen.

Herzliche Grüße

Euer Michael Frieser

Bezirksvorsitzender & MdB Nürnberg-Süd/Schwabach

„Die Ampel macht in diesem Jahr mehr Schulden als die vier Regierungen von 2006 bis 2021!“

Sebastian Brehm
MdB Nürnberg-Nord
[Website](#)



TARNEN & TÄUSCHEN ODER HAUSHALTPOLITIK IN ROT-GRÜN-GELB

Die Ampelmehrheit hat in dieser Woche Haushalt für 2023 durch den Bundestag gebracht. Bundesfinanzminister Christian Lindner rühmt sich, die Schuldenbremse wieder einzuhalten. Ich habe in der Debatte klargestellt: das ist nur Schein, nicht Sein. Es ist keine große Leistung, die Schuldenbremse formal einzuhalten, wenn man sie gleichzeitig aushöhlt und über Schattenhaushalte riesige zusätzliche Schuldenberge anhäuft. Denn was Herr Lindner nicht sagt: die Ampel macht allein in diesem Jahr mehr Schulden als die vier CDU-geführten Bundesregierungen im Zeitraum von 2006 bis 2021, in dem die Erblasten von sieben Jahren rot-grüner Schuldenpolitik, die Folgen der Weltwirtschaft- und Finanzkrise und der Eurokrise und zuletzt die Corona-Pandemie bewältigt werden mussten. Was er auch nicht sagt: In diesem Jahr werden hunderte Milliarden Euro Schulden aufgenommen, denen gar keine Ausgaben gegenüberstehen. Lindners Ziel: Er will sich als haushaltspolitischer Saubermann präsentieren. Dafür bunkert er Geld, das er nicht hat, um es in den nächsten Jahren neben dem regulären Haushalt auszugeben und so Finanzstabilität vorzutäuschen. In Wirklichkeit aber nutzt er jede Möglichkeit, um die Schuldenaufnahme bis zum Anschlag auszureizen. Diese rot-grün-gelbe Schuldenpolitik belastet unsere Zukunft mit enormen Kosten für Zins und Tilgung. Die Ampel verfrühstückt die Zukunft schon heute und nimmt damit folgenden Generationen Gestaltungsspielräume. Der Bundesrechnungshof sieht im Vorgehen der Ampel einen Verstoß gegen Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit und äußert sogar verfassungsrechtliche Bedenken. Ich halte diesen Schuldenkurs für verantwortungslos.

"Es gilt es jetzt, Stärke zu zeigen und den Druck auf das Regime zu erhöhen."



Tobias Winkler
MdB Fürth
[Website](#)



IRAN-SANKTIONEN MÜSSEN VERSCHÄRFT WERDEN

Die mutigen Proteste der iranischen Bevölkerung gegen die jahrzehntelange Willkürherrschaft des Mullah-Regimes bedürfen der Unterstützung der westlichen Welt. Jeden Tag gehen tausende Männer und Frauen im ganzen Land auf die Straßen und kämpfen unter Einsatz ihres Lebens für ihre Freiheit. Auslöser war der Tod der jungen Kurdin Mahsa Amini, wenige Stunden nachdem sie von der Sittenpolizei verhaftet wurde, weil sie ihr Kopftuch nicht richtig trug. Die Unzufriedenheit im Volk hat sich über Jahre hinweg aufgestaut, durch massive wirtschaftliche Probleme, sanktionsgetriebene Inflation, grassierende Arbeitslosigkeit oder die Unterdrückung der politischen Opposition. In Berlin und Brüssel wird heftig diskutiert, wie wir den Freiheitskampf unterstützen können. Eine Ausweitung der Sanktionen ist überfällig und es ist unverständlich, warum wir weit hinter anderen westlichen Demokratien wie den USA, Großbritannien oder Kanada zurückliegen. Als CDU/CSU-Fraktion haben wir uns klar positioniert und ein konsequenteres Vorgehen gefordert, doch unser Antrag wurde im Bundestag mit der Mehrheit von SPD, Grünen und FDP abgelehnt. Die Vermittlerrolle, die Deutschland und die EU zuletzt in den Verhandlungen um das iranische Atomprogramm hatten, gehört leider der Vergangenheit an. Ähnlich wie in Russland wurden alle diplomatischen Bemühungen rüde vom Tisch gewischt. Daher gilt es jetzt, Stärke zu zeigen und den Druck auf das Regime zu erhöhen. Die Bundesregierung muss sich für schärfere Sanktionen einsetzen. Denn wo immer sich Menschen für Freiheit und gegen Unterdrückung erheben, dürfen wir nicht neutral bleiben, sondern muss unser Platz fest und entschieden auf der Seite der Freiheit sein - sei es im Iran oder in anderen Teilen der Welt!

„Kein anderes Bundesland unterstützt seine Kommunen so stark wie Bayern!“

Karl Freller
MdL Nürnberg-Süd

[Website](#)



BAYERNS POLITIK ZAHLT SICH AUS

Die Kommunen - Gemeinden, Landkreise und Bezirke - sind ein elementarer Bestandteil des Staatsaufbaus. Sie erfüllen in ihrem Hoheitsgebiet eine Vielzahl von Aufgaben im Interesse ihrer Bürger. Damit die Kommunen die an sie gestellten Anforderungen auch bewältigen können, greift der Freistaat unterstützend durch den kommunalen Finanzausgleich ein. Kein anderes Bundesland unterstützt seine Kommunen so stark und nachhaltig wie Bayern! Für das Jahr 2023 steigen die Finanzausgleichsleistungen um 7,2% auf insgesamt 11,32 Mrd. EUR. Die größte Einzelleistung im kommunalen Finanzausgleich stellen die Schlüsselzuweisungen dar. Sie steigen um 267 Mio. EUR auf 4,27 Mrd. EUR – gerade für finanzschwächere Kommunen eine zentrale Einnahmequelle. Die Steigerung für den kommunalen Hochbau – vor allem für Schulen und Kitas – liegt bei 350,4 Mio. EUR. Das entspricht einer Steigerungsrate von 53,9%. Auch bei der Härtefallförderung ist ein enormer Anstieg zu verzeichnen: Der Bau von Abwasserentsorgungs- und Wasserversorgungsanlagen wird um 59,75 Mio. EUR (+66,2%) aufgestockt und erhöht sich somit auf 150 Mio. EUR. Auch beim Straßenausbau wird den Gemeinden nach der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eine Pauschale gewährt. Insgesamt stehen hier 115 Mio. EUR zur Verfügung. Ich freue mich wirklich sehr, dass so viele tolle Projekte in unserer Heimat durch diese Förderung realisiert werden können. Ein Großteil dieser Mittel fließt in Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen. Das zeigt, dass es sich um echte Zukunftsinvestitionen handelt!

„Kinder sind die Zukunft unseres Landes!“

Barbara Regitz
MdL Nürnberg-Nord

[Website](#)



DIE STRASSE DER KINDERRECHTE: WICHTIGER DENN JE!

Zum Internationalen Tag der Kinderrechte 2022 lag es mir am Herzen, auf die Straße der Kinderrechte im Nürnberger Stadtpark aufmerksam zu machen. Gerade in diesem Jahr, in dem die Kinderrechte durch Kriege wie in der Ukraine oder durch autoritäre Regime wie in Iran oder Afghanistan ignoriert werden, ist der Internationale Tag der Kinderrechte am 20. November wichtiger denn je. Mich freut es besonders, dass die Straße in meinem Stimmkreis Nürnberg-Nord liegt. Eltern und Kindern empfehle ich dort einen gemeinsamen Rundgang. Im Stadtpark können Kinder und Jugendliche auf spielerische Weise ihre Rechte kennenlernen und sich damit auseinandersetzen. Ein Nein oder ein Stopp der Eltern sind etwas anderes als ein grundlegendes Recht wie Schutz vor Gewalt, Recht auf Bildung oder Gleichheit für alle Menschen. Niemandem darf es zum Nachteil werden, dass er eine andere Hautfarbe oder Religion hat. Die Straße der Kinderrechte in Nürnberg ist für Heranwachsende nicht nur ein Spielort, sondern auch ein besonderer Lernort. Denn hier können sie sich über Kinder- und Menschenrechte informieren. Gleichzeitig dient sie als Denkanstoß. Kinder sollen mit Hilfe der Rechte geschützt aufwachsen, sich gut entwickeln können sowie auch befähigt werden, wachsam zu sein und mögliche Ungerechtigkeiten bei sich und anderen zu erkennen und zu benennen. Kinder sind die Zukunft unseres Landes! Zum Erhalt unserer Demokratie gehören sie unabdingbar dazu. Deswegen sind der Schutz ihrer Rechte und ihre politische Bildung zentrale Aufgaben der Politik.



DAS ZUKUNFTSMUSEUM IN NÜRNBERG

Wie leben wir in der Zukunft? Welche Technologien werden unseren Alltag bestimmen? Über all das und mehr können sich die Besucherinnen und Besucher der Nürnberger Dependence des Deutschen Museums informieren. Die Technologien und vor allem die Aufmachung begeistern mich sehr. Es ist für die ganze Familie - speziell in der kalten Jahreszeit - einen Ausflug wert. Dabei kommt die Interaktion nicht zu kurz. Man wird quasi in diese Zukunft hineinteleportiert und kann diese „live“ erleben. Ein echtes Highlight für Nürnberg und die Region. Umso unverständlicher scheint es aus meiner Sicht, weshalb die Opposition im Bayerischen Landtag dieses Projekt auch noch nach der Eröffnung torpedieren. Was schon während der Planungen seinen Anfang nahm, hat nach der Fertigstellung noch immer kein Ende gefunden und soll nun in einem Untersuchungsausschuss resultieren. Wir erinnern uns, dass die Opposition einen solchen auch wegen der 2. Stammstrecke fordert. Vielleicht möchte die Opposition auch den Fokus von Berlin wegbewegen, denn dort gibt es zahlreiche Baustellen, um die es sich zu kümmern gilt. Möglicherweise ist es aber auch die eigene Phantasielosigkeit, mit eigenen Themen bis zur Landtagswahl zu überzeugen. Eines steht für mich in jedem Fall fest: das Zukunftsmuseum tut Nürnberg und der gesamten Region gut und zeigt, dass Bayern nicht nur aus München besteht.

**"Ein
Untersuchungs-
ausschuss hätte
nur einen Sinn:
Der CSU zu
schaden!"**

Jochen Kohler
MdL Nürnberg-West

[Website](#)



**"Der
Haushaltentwurf
für 2023 bietet
erneut Stabilität in
der Krise"**



Hans Herold
MdL Fürth-Land

[Website](#)



ECKPUNKTE DES BAYERISCHEN HAUSHALTS 2023

Anfang November hat der Ministerrat den vom Staatsministerium der Finanzen und für Heimat vorgelegten Eckpunkten zum Haushalt 2023 zugestimmt, der erneut als Einjahreshaushalt aufgestellt wird. Die Gesamtausgaben 2023 betragen insgesamt rund 71 Mrd. Euro. Insgesamt sind 3.006 zusätzliche Stellen vorgesehen. Darin enthalten sind 1.602 zusätzliche Stellen für die Schulen, 500 zusätzliche Stellen für die Polizei, 150 zusätzliche Stellen für den Justizhaushalt, 100 zusätzliche Stellen für die Steuerverwaltung, 50 zusätzliche Stellen für die Staatlichen Bauämter und 278 zusätzliche Stellen für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst. Den größten Ausgabenblock stellen die Bildungsausgaben mit insgesamt rund 24,6 Mrd. Euro. Für die innere Sicherheit und den Rechtsschutz sind insgesamt Ausgaben in Höhe von rund 7,8 Mrd. Euro eingeplant. Die Ausgaben für Gesundheit betragen insgesamt rund 1,6 Mrd. Euro. Der Bewilligungsrahmen für die staatliche Wohnraumförderung steigt auf insgesamt 784 Mio. Euro. Zusammen mit dem kommunalen Wohnraumförderungsprogramm (150 Mio. Euro), der Studentenwohnraumförderung (38 Mio. Euro) und der Bayerischen Holzbauförderung (35 Mio. Euro) wird erstmals die „Wohnungsbaumilliarde“ erreicht. Der kommunale Finanzausgleich 2023 überschreitet erstmals die 11 Mrd. Euro-Marke. Hiermit sorgt der Freistaat für finanzielle Stabilität bei seinen Kommunen. Die Schlüsselzuweisungen steigen um 6,7 % auf 4,27 Mrd. Euro. Sie sind die größte Einzelleistung im kommunalen Finanzausgleich. Die große Steigerung bringt Stabilität in die Kommunalfinanzen. Gerade für finanzschwächere Kommunen sind sie eine zentrale Einnahmequelle.

"Die Legalisierung führt zu einer Verharmlosung von Drogen und setzt ein völlig falsches Signal."

SCHOLZ SOLL CANNABIS-LEGALISIERUNGSPLÄNE STOPPEN

Die Cannabis-Legalisierungspläne der Ampel-Koalition müssen sofort gestoppt werden. Derzeit werden diese seitens des Bundesgesundheitsministers vorangetrieben und Eckpunkte dafür erarbeitet. Damit droht - unabhängig von den bislang nicht bestätigten Einzelheiten - eine weitere Verharmlosung der Risiken durch diese Droge. Lauterbachs Einsatz für diesen Irrweg ist angesichts der wirklich drängenden Probleme in der Gesundheits- und Pflegepolitik völlig fehl am Platz. Künftig soll der Kauf und Besitz von 20 Gramm Cannabis ab dem Alter von 18 Jahren grundsätzlich straffrei sein, auch soll der Eigenanbau von bis zu zwei Cannabis-Pflanzen erlaubt werden. Die Menge des berauschenden Wirkstoffs THC im legalisierten Cannabis soll maximal 15 Prozent betragen. Dies wird die Hemmschwelle weiter senken und bei der geplanten Abgabe für „Genusszwecke“ werden noch mehr Menschen als bisher Cannabis konsumieren. Die geplante Erlaubnis, Cannabis auch online zu erwerben, ist völlig unverantwortlich. Zu den Cannabis-Risiken zählen neben der Gefahr einer Abhängigkeitsentwicklung negative Auswirkungen auf das Gedächtnis sowie auf Lern- und Denkleistungen und zudem ist das Risiko für die Entwicklung einer psychotischen Erkrankung sowie weiterer psychiatrischer Erkrankungen erhöht. Wir stehen vor vielfältigen Herausforderungen, die von der Gefährdung im Energiebereich bis zu einem Blackout in der Versorgung unseres Gesundheitssystems reichen, wenn ich etwa an die Unterfinanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung denke oder an die aktuellen Mehrkosten-Probleme der Krankenhäuser. Auch die Pflege-Reformen müssten endlich angepackt werden. Darum sollte sich Lauterbach jetzt mit aller Kraft kümmern, statt einmal mehr hausgemachte Probleme zu erzeugen.

**Petra Guttenberger
MdL Fürth**
[Website](#)

